



PRESSEMITTEILUNG

Pirmasens, 19.05.2020

Angelika Glöckner (SPD): „Müssen als Bundestagsabgeordnete geschlossen auftreten“

Die Bundestagsabgeordnete Angelika Glöckner (SPD) berichtet von den neuesten Entwicklungen rund um die von Bundesfinanzminister Olaf Scholz angestrebte Entschuldung der 2500 ärmsten Kommunen im Land und fordert hier Geschlossenheit der Bundestagsabgeordneten in der Region. „Olaf Scholz hat seine Ideen und Pläne klar formuliert. Die Spitzen der CDU und CSU im Bundestag müssen noch zur Zustimmung bewegt werden. Deshalb müssen wir, als eine der am stärksten von der Altschuldenproblematik betroffenen Regionen, ganz dicht zusammenrücken, über die Parteigrenzen hinweg und für unsere Städte kämpfen. Dieses Signal braucht es jetzt“, findet Glöckner.

„Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat in den letzten Wochen immer wieder betont, dass er an seinen Plänen rund um die Altschulden festhalten will. Er sagte dabei auch, dass dies nicht trotz Corona, sondern wegen Corona erst recht geschehen müsse“, so Glöckner.

Olaf Scholz will bis zum Jahresende einen Schutzschild von insgesamt fast 57 Milliarden Euro über die Kommunen in Deutschland spannen. Die Last sollten sich der Bund und die jeweils verantwortlichen Länder teilen. „Dieser Schutzschild soll Städte und Gemeinden nicht nur durch die aktuell schwierige Situation bringen, sondern dauerhaft in die Lage versetzen, ihre Aufgaben noch besser erledigen zu können“, so die SPD-Abgeordnete. Angedacht sind vom Minister zwei Werkzeuge: Einerseits solle es eine akute Nothilfe geben, die allen Kommunen offenstehen und die wegen der Corona-Krise wegbrechenden Gewerbesteuereinnahmen ausgleichen soll. Zudem ist eine Altschuldenhilfe für hochverschuldete Städte und Gemeinden vorgesehen. Laut der Steuerschätzung entgehen den Kommunen im laufenden Jahr Gewerbesteuereinnahmen von 11,8 Milliarden Euro.